

# Gabriels Wegelagerei

Wolfgang Storz über die Pläne des Wirtschaftsministers und SPD-Chefs, private Investoren für öffentliche Aufgaben zu interessieren, statt die Steuern auf große Vermögen zu erhöhen

Es war einmal. Mitten in der Finanzmarktkrise, als der Wirtschaft und den Sparern der freie Fall und das Feuilleton der »Frankfurter Allgemeine Zeitung« mit einer kapitalismuskritischen Serie drohte, dachten alle: Jetzt ist es aus mit dem Neoliberalismus und seinem erwürgenden Einfluss auf die Politik.

Heute marschiert Sigmar Gabriel, Vizekanzler und SPD-Parteivorsitzender, kraftvoll – nicht an der Spitze des neuen Fortschritts, sondern an der Spitze der alten Ideologie, als sei nichts gewesen.

Und das geht so.

Zur Ausgangslage: Seit Jahren sind die Privatvermögenden die eigentliche Wachstumsbranche der Nation. Der Sozialhistoriker Hans-Ulrich Wehler hatte vor wenigen Monaten vorgerechnet: Von 2000 bis 2020 wurden und werden privatrechtlich 5,7 Billionen Euro vererbt, mehr als die Hälfte des deutschen Gesamtvermögens. Gäbe es in Deutschland, so Wehler, eine Erbschaftssteuer in Höhe von 50 Prozent, wie anderswo, so könnte die deutsche Gesellschaft 2,9 Billionen Euro einnehmen – genug, um ihr Gemeinwesen in Ordnung zu bringen.

Was haben jedoch wir: faktisch keine Vermögenssteuer, eine geringe Erbschaftssteuer, eine geringe Steuer auf Kapitaleinkünfte, einen im internationalen Vergleich geringen Spitzensteuersatz, dafür vergleichsweise hohe Lohn- und Einkommenssteuern für Niedrig- und Durchschnittsverdiener.

So wie der Reichtum der Privaten wächst, wächst – gemäß der marktradikalen Ideologie – zeitgleich die öffentliche Armut: Die öffentlichen Hände haben aufgrund ständiger Steuersenkungen in den vergange-

nen 15 Jahren im Saldo knapp 500 Milliarden Euro weniger eingenommen; allen Märchen über angebliche Rekord-Steureinnahmen zum Trotz. Weil der Staat aufgrund dieser Steuerpolitik immer weniger Geld bei steigenden Aufgaben hat, macht er mehr Schulden, was er laut Ideologie aber nicht darf, weshalb seit Gerhard Schröder der Staat zum ständigen Sparen geprügelt wird. Und das ohne Rücksicht auf Verluste: Seit Jahren verrottet die öffentliche Infrastruktur. Die Deutsche Bahn kann



Wolfgang Storz war bis 2006 Chefredakteur der »Frankfurter Rundschau« und arbeitet seither als Berater und Publizist.

Foto: Stephan Moll

viele ihrer Strecken nur noch mit geminderter Geschwindigkeit befahren, so schlecht ist ihr Zustand. Der Nord-Ostseekanal war wegen maroder Schleusen wochenlang geschlossen. Immer mehr Brücken werden von den Kommunen für den Schwerlastverkehr gesperrt. Schulen werden nicht saniert. Im internationalen Vergleich ist Deutschlands digitale Infrastruktur bestenfalls B-Klasse. Der öffentliche Kapitalstock schrumpft permanent.

Das weiß jeder und jede seit vielen Jahren. Und jeder und jede weiß auch: Das schadet nicht nur den so-

zialen Interessen der so genannten breiten Masse, das schadet auch den Unternehmen und widerspricht fundamental dem Streben der Eliten, die deutsche Wirtschaft müsse die wettbewerbsfähigste von Europa werden.

Trotzdem: Alle Regierungen folgen seit 1998 dem Ziel des Sparens so konsequent (oder ist das schon ein religiöses Ritual vor dem Altar namens Schuldenbremse?), dass sich die kapitalfreundlichste Ideologie aller Zeiten, die der Marktradikalität, in ihr Gegenteil verkehrt und zunehmend das Kapital am profitablen Wachstum hindert. Die Politiker einer der stärksten Wirtschaftsnationen der Welt schauen zu, wie die Infrastruktur ihres Landes verfällt.

Nein, nicht alle schauen zu. Sigmar Gabriel handelt. Wie? Er will vor allem Banken, Versicherer und Finanzfonds dafür gewinnen, ihre billionenschweren Vermögen in die öffentliche Infrastruktur zu investieren. Absurd: Der Staat könnte diese Investitionen über höhere Steuern – bei den oberen zehn Prozent finanzieren, oder über zur Zeit für den Staat sehr billige Kredite. Aber nein, Gabriel will die privaten Kapitalbesitzer, die aufgrund der für sie niedrigen Steuern im Geld schwimmen (was auf Kosten der Steuerzahler geht), nun erneut mit höheren Zinsen anlocken (ebenfalls auf Kosten der Steuerzahler), damit sie gnädigerweise bereit sind, in Straßen, Brücken und eventuell sogar Schulen zu investieren. Ideen, die nur entstehen können, wenn der Kopf im Schraubstock der Marktradikalität feststeckt. Aus Sicht der normal verdienenden und solide steuerzahlenden Bürger ist das nichts anderes als Wegelagerei.